

lich hieß es im Telegramm: „Wir versichern Ihnen, daß Sie stets im Bischof von Rom einen liebenden Bruder finden werden, der darauf bedacht ist, auf dem Weg zu dem von Ihrem großen Vorgänger so sehr ersehnten Tag voranzuschreiten, an dem unsere voll wiedergefundene Einheit besiegelt wird.“ Kardinal *Willebrands* drückte ebenfalls seine Hoffnung auf eine Fortsetzung der „engen Zusammenarbeit zwischen unseren Kirchen“ aus. *Blake* hob die wichtige Rolle hervor, die dem neuen Patriarchen in dem „heiligen Amt der Versöhnung der Kirchen“ zukomme.

Programmmatische Verdeutlichungen

Der neugewählte Patriarch verdeutlichte seinen Willen zur Einheit seinerseits in einem Interview mit dem Vertreter der katholischen italienischen Nachrichtenagentur ASCA. Auf die Frage nach seinen ökumenischen Zielsetzungen sagte er: „Die lange und schwierige *Suche nach der Einheit aller Christen* war das Hauptanliegen meines verehrten Vorgängers Athenagoras gewesen. Ich habe die Absicht, den eingeschlagenen Weg ohne Abstriche fortzusetzen. Dieser Weg führt in zwei auch für uns wichtige Richtungen: die Brüder der christlichen Kirchen zu sammeln und immer umsichtiger und gründlicher auf eine *Übereinstimmung der orthodoxen Kirchen untereinander* hinzuarbeiten.“

Von meinen ökumenischen Absichten zeugen auch die Bemühungen, mit den anderen Religionen einen Dialog zu eröffnen, insbesondere aber mit der Religion der meisten Mitbürger meines eigenen Staates, der Türkei, d. h. mit der islamischen Religion.

Die Suche nach einer solchen Übereinstimmung läßt sich von meinem Streben nicht wegdenken. Deshalb habe ich in meiner ersten Botschaft einen Gruß an den Papst von Rom, den ‚primus inter pares‘, an die Vorsteher der alten orientalischen Kirchen, an den Erzbischof von Canterbury, an die Altkatholische Kirche, an alle Vorsteher christlicher Kirchen, an die Vertreter der jüdischen Religion und an den Ökumenischen Rat der Kirchen gerichtet.“

Der Patriarch bekräftigte aber auch seine Absicht, „weiter treu zur griechisch-orthodoxen Tradition zu ste-

hen“. „In dieser Absicht habe ich ungeachtet meiner Schwäche die Verantwortung, die mit dem Sitz und seinen jahrhundertealten Privilegien verknüpft ist, auf mich nehmen wollen“ (vgl. *La Croix*, 24.7.72). Dem neuen Patriarchen ist offenbar sehr klar, wie es auch Athenagoras klar war, daß beide Wege gemeinsam zu beschreiten seien, weil ohne innerorthodoxe Einheit ein erfolgreicher Einsatz Konstantinopels für die Einheit aller unmöglich wäre; aber auch die Mühe um ein einmütiges Zusammengehen der orthodoxen Ortskirchen empfängt seine stärksten Anstöße wieder durch die Begegnung mit den anderen Kirchen der Ökumene. Daß dabei noch viel Widerstand zu überwinden ist, mag eine Notiz gerade zum Tag der Inthronisation in der Athener Zeitung „*Estia*“ beleuchten; darin wurde dem neuen Patriarchen gesagt, er solle seine Klugheit erweisen in der Weise, wie er die Fragen um die Orthodoxie unter Berücksichtigung der delikaten Situation des Ökumenischen Patriarchats angehe, und vor allem durch die Weigerung, die unheilvolle Politik seines Vorgängers weiterzufolgen, durch die der Orthodoxie Auflösung und Unterwerfung unter den Papst drohe.

Das Schicksal der Asiaten in Uganda

Am 4. August gab der Staatspräsident Ugandas, General *Idi Amin Dada*, bei einer Ansprache an Armee-Einheiten bekannt, daß alle in Uganda ansässigen Ausländer indischer und pakistanischer Abstammung innerhalb von 90 Tagen das Land verlassen müßten. Diese Maßnahme betrifft ca. 55 000 Asiaten britischer Nationalität und möglicherweise 2500 Ausländer, die indisches oder pakistanisches Bürgerrecht haben. Ca. 23 000 Asiaten sind Bürger Ugandas; sie werden von dieser Maßnahme nicht betroffen. Einzelne für die Wirtschaft, Verwaltung, für das Gesundheits- und Erziehungswesen dringend notwendige Asiaten hat Amin von der Bestimmung ausgenommen, doch deuten die Berichte aus Kampala darauf hin, daß die wenigen privilegierten Bankfachleute, Ärzte und Professoren aus Solidarität mit ihren Volksgenossen das Land ebenfalls verlassen werden (vgl. *Times*, 10. 8. 72).

Verschiebung des orthodoxen Konzils?

Tatsächlich deutet bisher vieles darauf hin, daß Dimitrios die ökumenischen und kirchenpolitischen Grundlinien seines Vorgängers fortsetzen will. Er wird vermutlich noch behutsamer vorgehen, noch mehr um Gemeinsamkeit mit seiner Synode und mit allen Oberhäuptern der Ortskirchen bemüht sein, noch sorgfältiger auch auf die innertürkischen Verhältnisse achten müssen. Aber er kann offenbar auf die Mitarbeit seiner bisherigen Mit Bischöfe in Konstantinopel rechnen, und Athenagoras hat ihm einen hohen Kredit an Vertrauen innerhalb der Orthodoxie und nicht weniger in Rom wie in Genf und sicher auch bei den orientalischen Kirchen hinterlassen. Möglicherweise wird der Weg zu der geplanten panorthodoxen Synode nun etwas länger sein. Oder sollte es umgekehrt sich erweisen? Es wäre auch denkbar, daß manche Hierarchen und Kirchen nicht mehr die überragende Persönlichkeit einer säkulären Gestalt glauben fürchten zu müssen und darum mit weniger Bedenken einem solchen Ereignis entgegensähen. Die Initiative freilich wird weiterhin beim ökumenischen Patriarchat liegen.

nien hat sich zwar zum Entschluß durchgerungen, *alle* ausgewiesenen Asiaten britischer Nationalität aufzunehmen, sieht sich jedoch außerstande, das innerhalb von drei Monaten zu bewerkstelligen. Die verkehrstechnischen Schwierigkeiten wären enorm (es würde zehn Charterflüge pro Tag während dreier Monate voraussetzen), noch können die Einwanderer im britischen Arbeitsmarkt leicht absorbiert werden (Großbritannien hat zur Zeit etwa eine Million Arbeitslose, und von der Streikwelle im Juli/August ist die Wirtschaft des Landes schwer angeschlagen). So hofft London, daß ein Teil der Asiaten zunächst nach Indien reist, um von dort aus die Einreise nach den britischen Inseln oder nach Kanada, Australien und Neuseeland zu organisieren. Die Regierung Neuseelands hat sich bereit erklärt, einen Teil der aus Uganda ausgewiesenen Asiaten aufzunehmen (Observer, 13. 8. 72).

Das Verhalten Großbritanniens

Das Schicksal der Asiaten in Uganda muß auf dem Hintergrund einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Faktoren beurteilt werden, die sowohl die Regierungen Großbritanniens und Ugandas wie auch die Asiaten selbst betreffen.

Bei der Unabhängigkeitserklärung Ugandas im Jahre 1962 hatte es die *britische Regierung* den im Land ansässigen Asiaten freigestellt, das Bürgerrecht des neuen Staates zu erwerben oder *britische Commonwealth-Bürger* zu werden. Der damalige Premierminister *Macmillan* sprach von einer Bedenkzeit von zwei Jahren; der ugandische Premierminister *Milton Obote* betonte jedoch, daß der junge Staat die ausdrückliche Identifizierung der z. T. schon lange ansässigen Asiaten mit der Nation begrüßen würde. Das kam einer Aufforderung gleich, der nur ein relativ geringer Teil der asiatischen Bevölkerung nachkam. Weder Großbritannien noch die Asiaten hatten damals die politische Realität des neu unabhängigen Staates richtig eingeschätzt. Als Uganda 1963 die Bindungen an die britische Krone löste und eine republikanische Verfassung annahm, hätte London den Asiaten Ugandas, für die es die bürgerrechtliche Verantwortung trug, klarmachen sollen, daß die Ambiva-

lenz ihres Status auf die Dauer unerträglich sei. Die entscheidende Zäsur geschah 1968, als die Regierung *Wilson* ein Quotensystem für die Einwanderung von Commonwealth-Bürgern einführte, das 1971 noch verstärkt wurde. Die „alten“ bzw. „weißen“ Länder Kanada, Australien und Neuseeland erhielten dabei gegenüber den „farbigen“ Staaten des Commonwealth einen *privilegierten* Status. Dieses Gesetz kam einem Treubruch gegenüber den Asiaten in Uganda gleich, denn 1962 hatte ihnen Großbritannien das Recht zur freien Einwanderung gewährt; andererseits schürte diese Maßnahme die Animosität der ostafrikanischen Regierungen gegen Großbritannien. Das neue Einwanderungsgesetz wurde von ihnen als „rassistisch“ verurteilt. Sie fühlten sich herausgefordert, Großbritannien bezüglich seiner asiatischen Untertanen in Afrika zur Kasse zu bitten. Seither besitzt der britische Paß in den Augen der Asiaten Ostafrikas wenig Wert. Ein seltsames Bürgerrecht, so sagen sie, das einem nicht einmal den freien Zugang ins Heimatland garantiert.

Der wirtschaftliche Hintergrund des Landes

Das Schicksal der Asiaten muß aber auch auf dem Hintergrund der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes gesehen werden: 90 Prozent der Bevölkerung Ugandas sind Bauern, die mehrheitlich von der Selbstversorgungswirtschaft leben. Bei der jungen Generation ist der Drang zur Stadt unwiderstehlich. Arbeitsplätze finden sie jedoch kaum. Die mittleren und kleineren Industrieunternehmen liegen zu einem guten Teil in den Händen von Asiaten; sie beherrschen das Bauwesen, den Einzelhandel und sind maßgebend in Banken, Versicherungsgesellschaften und der Mehrzahl der Verwaltungsposten in der Privatwirtschaft. Der Brotneid gegenüber den Asiaten ist in dieser Situation begrifflich. Die eigentliche Ursache für die mißliche Lage der Arbeitslosen liegt jedoch nicht bei den Asiaten, sondern ist die mangelnde wirtschaftliche Entwicklung des Landes — gekoppelt mit der Bevölkerungsexplosion, die einen Geburtenüberschuß von 3,2% aufweist, der sich bis 1976 auf 3,5% steigern wird.

Seit der Regierungsübernahme General Amins im Januar 1971 hat sich

die *wirtschaftliche Lage* eher verschlechtert als verbessert. Zum Teil wegen der erhöhten Militärauslagen (eine Steigerung um 30%), zum Teil wegen des mangelnden volkswirtschaftlichen Sensoriums des Generals und seiner Minister, vor allem aber wegen der sich verschlechternden Exportsituation des Landes. Die wirtschaftliche Stagnation hat Anfangs 1972 eine Panik ausgelöst. Zucker, Kochöl und andere Gebrauchsgüter werden illegal nach Zaire, Rwanda und Tansania ausgeführt, wo bessere Preise dafür bezahlt werden. Sowohl die staatlich kontrollierte Großverteilerorganisation wie die Detailhändler haben sich dieser „Vergehen“ schuldig gemacht. Das Resultat: Vor den Kaufäden stehen die Leute Schlange, um Produkte kaufen zu können, die in ihrem eigenen Land hergestellt werden. General Amin ist es bis heute noch nicht gelungen, eine ausreichende Versorgung der wesentlichen Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter sicherzustellen. Daher wächst der Mißmut der Bevölkerung. Die asiatischen Händler und Besitzer von Zuckerplantagen bieten einen willkommenen Sündenbock.

Die *Asiaten* selbst haben seit eh und je in geschlossenen Gemeinschaften gelebt. Untereinander reden sie Hindustani, Gujarati oder eine andere Sprache, welche die Afrikaner nicht verstehen und die daher ihr Mißtrauen erweckt. Wirtschaftlich bilden sie ein Kartell, das schwer zu sprengen ist. Ihr Geld investieren sie mit Vorliebe in Häusern, die zu horrenden Zinsen vermietet werden. Der durchschnittliche Miethausbesitzer in Kampala — Kampala „gehört“ den Asiaten — erwartet, daß seine Investitionen in zwei bis drei Jahren amortisiert sind. All ihre in Uganda geborenen Kinder besitzen automatisch das Bürgerrecht des Landes; warum weigern sich so viele Eltern asiatischen Ursprungs, das Bürgerrecht mit ihren Kindern zu teilen? Die meisten dieser Faktoren sind sozialpsychologischer Art, besitzen jedoch politisches Gewicht.

Rassismus mit ökonomischen Folgen

Diese *Hintergründe* vermögen Amins Ausweisung der ausländischen Asiaten in etwa zu erhellen. Seine Tat ist (nach bestehendem Recht) zwar

legal, in ihren Folgen jedoch brutal und inhuman. Die Ausweisung jener 12 000 Asiaten, die sich in den letzten zwei oder drei Jahren um das ugandische Bürgerrecht bemüht hatten, ist besonders problematisch. Ihre Papiere blieben in den Ministerien liegen. Auch Amins Bestimmung, daß die Geschäfte und Häuser der ausziehenden Asiaten nur an Afrikaner verkauft werden dürfen, ist offener Rassismus. Die Ugandesen asiatischer Abstammung werden damit zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Amin hat den ca. 55 000 Asiaten zunächst zugestanden, daß sie Waren und Geld im Wert von £ 2800 pro Person ausführen dürften und £ 1150

nach einem Jahr. Für die wohlhabenden Geschäftsleute ist das sehr wenig, für die ugandische Wirtschaft jedoch viel. Die *Devisenreserven* Ugandas betragen zur Zeit ca. 15 Millionen Pfund Sterling. Die Asiaten werden 60 bis 100 Millionen Pfund Sterling ausführen. Der Ertrag, der durch die Konfiskation des Besitzes der Zwangsauswanderer dem Staat zufällt, kann den wirtschaftlichen Schaden dieses Devisenabflusses nicht kompensieren. Die Ausweisung der Asiaten wird demnach weder die wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen noch die seit Monaten herrschende politische Krise in der Armeeregierung Amins beheben.

Biharis bei der Eisenbahn. Doch seit Dezember 1971 haben sie keinen Lohn mehr erhalten. Allein die Werkstätten beschäftigten 7500 Mann, doch sind sie noch nicht wieder eröffnet. So fehlt es natürlich auch hier an Nahrungsmitteln.

Weitere große Zentren sind in der zweitgrößten Stadt des Landes, in Chittagong, und in der zweitgrößten Hafenstadt von Bangla Desh, in Khulna, zu finden. Hier gab es am 10. März bei Auseinandersetzungen mit bengalischen Studenten mehr als 1000 Tote. Insgesamt liegen die Angaben über 740 000 in Enklaven lebenden Biharis vor. Die Zahl der insgesamt noch lebenden Nicht-Bengalen wird auf ein bis eineinhalb Millionen geschätzt bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 70 Millionen.

Verfolgung der nichtbengalischen Minderheit in Bangla Desh

Die nichtbengalische Bevölkerung im ehemaligen Ostpakistan, vielfach als *Biharis* bezeichnet, scheint einem ähnlichen Schicksal entgegenzugehen wie die Bahutus in Burundi (vgl. HK, Juli 1972, 325). „Obwohl humanitäre Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Liga der Rotkreuzgesellschaften, kirchliche und andere Hilfswerke an Ort und Stelle täglich mit dem Genozid konfrontiert sind, wird der Mantel des Schweigens über das Grauen ausgebreitet.“ Diesen harten Vorwurf erhob ein aus Sicherheitsgründen anonym bleibender Gewährsmann der Schweizer „Weltwoche“. In einem am 12. Juli unter der Überschrift „Ein Volk stirbt — die Welt schweigt — Der Vernichtungsfeldzug gegen die Biharis“ veröffentlichten Beitrag werden Einzelheiten genannt. Im Vorwort der Redaktion heißt es dazu: „Wenn es in dieser Welt wirkliche Menschlichkeit gibt, kann unser Protokoll über den Untergang dieses Volkes wenigstens dazu beitragen, im letzten Augenblick noch einige wenige Überlebende zu retten: einige hunderttausend von ursprünglich drei bis fünf Millionen Biharis.“

Hoffnungslosigkeit der Gettos

Seit der Kapitulation der pakistanischen Truppen am 16. Dezember 1971 sind die Biharis, denen man Kollaboration mit der Regierung und den Behörden Westpakistans

vorwirft, der Rache und Vergeltung ausgesetzt und erscheinen den meisten Bengalen als Freiwild. Nach dem Rückzug der indischen Truppen aus dem neuen Staat am 15. März hat sich ihre Situation noch weiter verschlimmert. In ihren früheren Hauptwohngebieten und in zusätzlich eingerichteten Lagern, die übereinstimmend als „Konzentrationslager“ bezeichnet werden, vegetieren sie — abgeschlossen von der Außenwelt — dahin. Ihr früherer Besitz ist fast ausnahmslos beschlagnahmt, sie sind arbeitslos, leiden Hunger, man verweigert ihnen die Aufnahme in Krankenhäuser. Nach Deportation, Mord und Vergewaltigung, Plünderung und Inhaftierung scheint für die meisten der Überlebenden kaum noch Hoffnung zu bestehen. Allein in den Gettos um die Hauptstadt Dacca befinden sich augenblicklich ca. 280 000 Biharis. Die dortigen Bezirke Mirpur und Mohammedpur übertreffen nach übereinstimmenden Zeugnisaussagen in ihrem Elend alle bisherigen Vorstellungen von Slums und Lagern. Über die Hälfte der Insassen ist im Alter unter 16 Jahren. Immer wieder kommt es zu Überfällen. Im Nordwesten des Landes, im Bereich von Saidpur, sollen mehr als 400 000 Biharis leben. Da sie dort die Bengalen zahlenmäßig übertreffen, sind diese etwas geschützter als die in Dacca lebenden Nicht-Bengalen. Hier können sie sich zumindest einigermaßen frei bewegen. In diesem Gebiet arbeiteten die meisten

Streit um Zahlen

Ähnlich wie bei der großen Flutkatastrophe im damaligen Ostpakistan vor zwei Jahren und während der kriegerischen Auseinandersetzungen im vergangenen Jahr (vgl. HK, November 1971, 510) ist es auch im Fall der Biharis schwer, genaue Zahlenangaben zu erhalten. Nach dem wohl fundiertesten Bericht über das Bihari-Problem (*Ben Whitaker, The Biharis in Bangla Desh, Report Nr. 11 der „Minority Rights Group“, London*), herausgegeben von einer seit 1960 für die Belange aller Minderheiten tätigen Organisation (unter der Schirmherrschaft u. a. von *Milovan Djilas, Lady Jackson* und *Gunnar Myrdal*), entstehen die unterschiedlichen „Schätzungen aus unbekanntenen Quellen und werden schnell als geschichtlich gegeben hingenommen“. Nach Selbstangaben der Biharis waren es früher bis zu fünf Millionen. „Aber die Definition des Begriffes ‚Bihari‘ variiert sehr stark und kann auch andere nicht-bengalische Einwanderer oder Urdu-sprechende Gruppen umfassen.“ Nach einer Volkszählung von 1961 gaben 800 247 Personen bei einer Gesamtbevölkerung von damals 50 840 235 Ostpakistanis an, daß ihre Muttersprache eine andere als die bengalische sei. 627 389 erklärten, sie seien „Pakistani, die auf dem pakistanisch-indischen Subkontinent jenseits der Grenzen der Volkszählung geboren seien“. 434 000 von ihnen nannten bei der Volkszählung 1961 Ostindien als ihr Geburtsland.